

Hannoverscher Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomken, Stauditz, Threna und Umgegend.

Bezugspreis:
Frei ins Haus durch Kurträger
Mk. 1.20 vierteljährlich.
Frei ins Haus durch die Post
Mk. 1.30 vierteljährlich.

Mit zwei Beiblättern:
Industrielles Sonntagsblatt
und
Landwirtschaftliche Beilage.
Regiere alle 14 Tage.



Verlag und Druck:
Güng & Cule, Rauhof.
Redaktion:
Robert Güng, Rauhof.

Ankündigungen:
Für Inserenten der Anstaltshauptmannschaft
Schmiedestraße 10 Bf. die Anstaltshauptmannschaft
Schmiedestraße 10 Bf. die Anstaltshauptmannschaft
Schmiedestraße 10 Bf. die Anstaltshauptmannschaft
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Hannoverschen Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluß der Anzeigenannahme: Vormittags 11 Uhr am Tage der Erscheinung.

Nr. 76.

Donnerstag, den 25. Juni 1903.

14. Jahrgang.

Freitag Rats-Sitzung.

Was nun?

Unter dem Eindruck des Wahlausfalles im Königreich Sachsen, besonders wegen der Ursachen der sozialdemokratischen Siege und zwar in erster Linie der Zerissenheit der sogenannten staatsverhaltenden Parteien, ist bei vielen politisch reifen und denkenden Männern die Frage entstanden, wie sind ähnliche Wahlergebnisse zu vermeiden. Wenn einerseits auf die stetige Agitationsarbeit der Sozialdemokraten hingewiesen wird, so ist ein solcher Vorhalt in Rücksicht auf den dabei entwickelten Fleiß und die ununterbrochene Arbeit wohl zu beachten, aber nicht allenthalben zu befolgen möglich. Bei den Stichwahlen handelt es sich nur um zweierlei, um Sozialdemokraten und um solche, die es nicht sind. Von sozialdemokratischer Seite ist dieses zweierlei aber auf das ganze gesellschaftliche und allgemeine Leben übertragen. Die harmloseste Vereinstätigkeit, ob Singen, Turnen, Tanzen usw. hat schließlich doch den Endzweck die Genossen zusammenzubringen und Nachwuchs für die Partei heranzuzüchten.

Keine andere Partei, auch nicht in dieser Vollendung das Zentrum verfügt über die gleichen Hilfsmittel, sie sind aber für die große Allgemeinheit auch weder durchführbar noch erstrebenswert, denn es könnte nur zu noch ärgerem politischem Sektenswesen führen und damit die harmlose Fröhlichkeit des gesellschaftlichen Vereinslebens ersäufen, wenn jedes Langfränschen und jede Turnriege politisch gefärbt wäre, statt wie es jetzt der Fall ist, gerade in allen gesellschaftlichen Vereinigungen die Politik streng verpönt ist. Mit solchen Mitteln ist also kein Gegengewicht zu schaffen, wohl aber lassen sich größere Vereine, ähnlich wie die Gewerbevereine aus gereisten Männern bestehend, ins Leben rufen, in welchen der Gang der Politik Jahr aus Jahr ein verfolgt wird. Wie in vielen Orten für städtische Interessen, Gemeinnützige Vereine, Bürgervereine, städtische Vereine oder wie sie sich sonst nennen wirken, ebenso lassen sich Verbindungen gründen, in denen die Aufgaben des Landes- und des Reichsparlamentes weiteren Kreisen näher gebracht und in diesen Kreisen vor allen Dingen für die Reichstagsverhandlungen größeres politisches Verständnis erweckt würde. Dadurch könnte ein vollständiges Verlassen der gesonderten Parteipolitik der Parteiparteien angebahnt und schließlich das Zustandekommen einer einzigen reichstreuen Partei erreicht werden. Wenn sich heute im 11. Wahlkreis die Stimmen aller reichstr. Wähler auf Herrn Stadtbauverwalter Hauffe vereinigen, so ist eigentlich schon der Weg vorgezeichnet, der eingeschlagen werden kann. Gerade in Sachsen sollte sich die gesamte reichstreue Wählerschaft zu einem großen Ganzen leichter zusammenschließen lassen, als anderwärts, nicht weil der Wahlsieg der Sozialdemokratie in Sachsen so belangreich ist, sondern weil manche Parteischattierungen erst künstlich von auswärts in unser Vaterland herin getragen worden sind.

Die Sprengung einer Wähler-Versammlung

In Laurahütte führte zu Syenen, wie man sie auf deutschem Boden nicht für möglich halten sollte. Polen und Sozialdemokraten im trauten Verein gebärdeten sich wie die Vandalen. Die „Schleif. Ztg.“ bringt darüber folgenden ausführlichen Bericht: In Ludwigshausen sollte eine von der Zentrumspartei einberufene Wähler-Versammlung statt-

finden. Zahlreiche Kadikale, Polen und Sozialdemokraten, welche zu einer nachmittags in Rottowitz abgehaltenen Zentrumsversammlung keinen Einlaß gefunden hatten, hatten sich nach Laurahütte gewandt und lange vor der festgesetzten Zeit den Saal vollständig besetzt. Vor dem Saal stand eine tausendköpfige Menge, welche keinen Einlaß mehr finden konnte. Als der Ortspfarrer die Versammlung eröffnen wollte, setzte großes Zohlen und Pfeifen ein. Auf den polnischen Kandidaten Korfanty wurden stürmische Hochrufe ausgebracht und gegen die Weislichkeit heftige Schmährufe ausgestoßen. Der Vorstand wurde gezwungen, durch die Hintertür über Gartenjalousie in die Pfarrei zu flüchten. Der Saal wurde langsam geräumt. Auf dem Platz vor dem Saale blieb die Menge versammelt, trotz aller Aufforderungen von Polizeibeamten, welche in schonendster Weise vorgingen. Die Zahl der Aufrührer wurde immer größer, welche schreiende Hochrufe auf Korfanty ausbrachten. Als gegen 10 Uhr ein Arbeiter, welcher beleidigende Worte gegen die Beamten ausstieß, von diesen verhaftet wurde, suchte die Menge ihn zu befreien, worauf die Polizei blank zog und gegen die Eindringenden vorging. Die Feuerwehr brachte zwei gespannte Spritzen heran; kaum hatte sie den Strahl auf die Menge gerichtet, als sich diese der Spritzen bemächtigte und nun auf die Beamten und Feuerwehrleute losprügte, darauf zertrümmerte sie die Schläuche, zertrümmerte die Spritzen und fuhr sie in den Hüttenleib. Die Beamten wurden mit Erbschüssen beworfen, sobald fast keiner unversehrt blieb. Der Branddirektor wurde zu Boden geworfen und mit Füßen getreten, sobald er frank darniederlag. Geführt von 30 bis 40 halbwüchsigen Burischen zog die Menge vor das Hüttengehäus, wo der Bürgerverein sein Stiftungsfest feierte. Gegen das Haus wurde ein Bombardement eröffnet; kein Fenster blieb ganz, Kinder und Weiber schleppten Vorräte von Steinen herbei.

Die Aufforderung: Nun zum Pfarrhause! wurde jubelnd begrüßt. Nachdem erst sämtliche Scheiben zertrümmert waren, erbrach die Menge das Tor zum hinteren Eingange und schleuderte große Bretter gegen das Haus. Man drang in das Innere und demolirte alles. Der Pfarrer selbst war in die Kirche geflüchtet. Von der Pfarrei ging es die Hüttenstraße entlang zum Gemeindehaus, unterwegs wurden sämtliche Fensterscheiben in der Villa des Kommerzienrates Fijmer eingeschlagen. Am Hüttenamt stellten sich die Beamten der Menge entgegen, ungeachtet des dichten Steinregens. Inzwischen waren noch einige Gendarmen aus Rottowitz eingetroffen. Als die Menge den Voreingang zur Laurahütte zertrümmerte, machte die Gendarmerie von der Schußwaffe Gebrauch. Es folgten hintereinander zehn Schüsse. Einer der Haupttrüffelführer, ein Kesselschmied, wurde getötet; über 30 Personen erlitten Schuß-, Dieb- und Stichwunden. Jetzt ging die Menge langsam auseinander. Aus Beuthen traf eine halbe Kompagnie ein, trat aber nicht in Tätigkeit. Vorläufig konnten erst zwei Haupttäter verhaftet werden. Landrat Gerlach ordnete, nachdem er die Trümmerstätten besichtigt hatte, die Schließung sämtlicher Gast- und Schankwirtschaften in Laurahütte an und verbot die anderaumte Zentrumsversammlung, um weiteren Ruhestörungen vorzubeugen.

Die russische Presse über Peter I.

Die pessimistische Auffassung der serbischen Verhältnisse, wie sie sich besonders in der

russischen Presse zeigt, charakterisiert sich in den folgenden Bemerkungen der „St. Petersb. Wiedom.“, die sich auf König Peter I. beziehen: Die Bedingungen, die der neue serbische König seinen Wählern gestellt hat, sind zwar nicht genau bekannt; aber es ist zu befürchten, daß Peter bei der Zulage, über die Belgrader Besitze zu herrschen, zu vorzeitig die ungeduldige Hand nach der Königskrone ausgestreckt, die dadurch entwertet und sich selbst eine schwere Last für die Zukunft bereitet hat.

Die Stimmung der von Blut und Eigenmächtigkeit trunkenen Truppen, der Mangel an moralischem Gefühl bei den leitenden Politikern, angefangen von den homöopathischen Ministern und endend mit dem Triumphe des Metropolitens — alles das sind Umstände, die zu der Annahme zwingen, daß der Wunsch des Königs, die Serben zu strafen oder sie wenigstens von sich fern zu halten, ein platonischer bleiben wird. Es ist eine eiserne Hand, es sind Personen mit Selbstverleugnung als ausführende Werkzeuge nötig, um das angelegte Band auszulösen. Die Disziplin wieder herzustellen ist schwerer, als sie zu schaffen, aber Leute auf den Weg der Ordnung und der Pflicht zurückzubringen, die selbst den Begriff von beiden verloren haben, ist ganz unmöglich.

Wie groß auch die Talente des neuen Königs sein mögen, es fehlt ihm die Erfahrung des Regierens, dafür hat er im Gegenteil die langjährige und gefährliche Praktik der politischen Intrige, diejenige Praktik, die die Schattenzeiten der Regierung Nikolsons III. hervorrief. Was aber die sich selbstverleugnenden und selbstlosen Werkzeuge der Vollstreckung betrifft... wobei soll er sie nehmen? Der König ist zu einem ewigen Lawieren zwischen den interessierten Vertretern der intrigierenden Parteien verurteilt, und als einziger Ausweg bleibt ihm nur — wenn er nicht gerade das Genie seines großen russischen Namensvetters besitzt — farblos bis ans Ende seiner Regierung auszubarren, die altmodische Rolle seinem heranwachsenden Nachfolger überlassend, dem es schon gelingen kann, sich bis zu jener Zeit sowohl ergebene Freundschaft als auch wenigstens etwas wie dynastische Tradition zu schaffen.

Uebrigens ist auch zu einer solchen passiven Rolle viel Takt und Ausdauer erforderlich. Der König wird von Schmeichelei und Lüge umgeben sein und wird die drückenden Blicke von Leuten auf sich gerichtet fühlen, die Morde erprobt haben, gelegentlich wird er finstere Andeutungen zu hören bekommen und mit bläsem Lächeln auf nicht zweideutige Reden antworten müssen... Das Regieren wird ihm nicht leicht sein!

Die Verwendung des roten Kreuzes auf weißem Felde.

Am 1. Juli l. J. tritt das neue Gesetz über den Schutz des Genfer Neutralitätszeichens in Kraft, wodurch die Verwendung des roten Kreuzes auf weißem Felde, sowie der Worte „rotes Kreuz“ zum Zwecke der Kennzeichnung von Waren oder deren Umhüllung, sowie für sonstige geschäftliche Zwecke untersagt wird; nur Warenzeichen und Firmen, in denen das rote Kreuz verwendet ist, können noch bis 1. Juli 1906 geführt werden, wenn ihre Eintragung vor dem 1. Juli 1901 erfolgt ist. Das Gesetz scheint in den Kreisen der Interessenten noch nicht genügend bekannt zu sein, und es muß daher auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht werden, sich damit vertraut zu machen, da die Nichtbeachtung mit Strafen bedroht ist. Die Verwendung des roten Kreuzes auf weißem Felde ist ja bisher sehr ausgiebig gewesen, insbesondere in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, aber nicht nur in ihr allein. Die am 1. Juli vorhandenen, mit dem

roten Kreuze versehenen Waren dürfen zwar auch weiterhin noch verkauft werden, aber doch nur, wenn sie mit dem postgelichen Stempel versehen sind, der nicht nur auf der Ware selbst, sondern auch auf der Umhüllung oder Verpackung angebracht werden kann. Auf Kreuze in anderer Farbe bezieht sich das Gesetz natürlich an sich nicht, indessen würden seine Vorschriften auch dann angewendet werden müssen, wenn die Ausführung in anderen Farben derartig ist, daß die Gefahr einer Verwechslung mit dem Genfer Neutralitätszeichen gegeben ist. Dies wird beispielsweise dann der Fall sein, wenn das rote Kreuz auf blaßgelbem oder mattgrauem Hintergrunde angebracht ist, weil die Ähnlichkeit mit dem unter den staatlichen Schutz gestellten Zeichen dann so groß ist, daß die vorhandenen Unterschiebe nur bei Anwendung einer besonders großen Aufmerksamkeit, die in dem Verkehr nicht zu verlangen ist, erkannt werden können.

Hundschau.

— Gleich dem Reichstagsgebäude in Berlin ist das neue Kaiser Wilhelm-Denkmal in Hamburg inschriftlos. Der kaiserliche Enkel nennt seinen herrlichen Vornamen Wilhelm den Großen, die Geschichte und das Volk haben dem Gründer des Reiches diesen Beinamen bisher nicht zugesprochen vermocht. Die Hamburger Bürgerschaft wollte nun weder die Gefühle des Enkels noch das Urteil der Geschichte verletzen und so ließ sie das Denkmal namenlos.

— Kiel. Ein einzig dastehendes Wahl-Vorkommnis ereignete sich in dem Ort Bodelholm im Wahlkreise Kiel. Dort wurden nämlich die Wahlkaverte und Stimmzettel verbrannt. Der Grund war folgender: Es gelangte durch ein Versehen in die Wahlurne ein Umschlag mit dem Stimmzettel eines zur Wahl Erschienenen, der nicht in die Wählerliste eingetragen war. Der Wahlvorstand beschloß, die abgegebenen Umschläge und Stimmzettel samt und sonders zu verbrennen und die Wahlhandlung von neuem zu beginnen. Die Wähler, die bereits vorher ihr Wahlrecht ausgeübt hatten, wurden wieder herangeschleppt, um nochmals zu wählen.

— Königsberg Pr. Im Prozeß wegen Verleumdung des Hofpredigers Stöcker wurde Redakteur Roske zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Gerichtshof nahm an, daß Stöcker im Prozeß Ewald objektiv etwas Unwahres gesagt habe; es sei aber in keiner Weise erwiesen, daß er wissentlich oder fahrlässig einen Meineid geleistet habe. Mit Rücksicht auf die Schwere der Verleumdung sei, wie gesehen, erkannt.

— Frontheim. Die Pleglerische Nordpol-Expedition ist am Nord der „Amerika“ von hier abgefegelt; sie führt Depotmaterial mit für den Fall, daß das Schiff nicht weiter kann. Man hofft auf Franz Josefs-Band einen guten Hafen zu finden, wo das Expeditionsschiff im Winter anker und von wo aus die Expedition mit Hundten fortgesetzt werden kann.

— König Peter von Serbien richtete an den Bundesrat und die Genfer Regierung vor seiner Abreise ein Telegramm, in welchem er für die gastliche Aufnahme in der Schweiz dankt.

— Belgrad. Um dem König Peter von Serbien weitere Verlegenheiten zu ersparen, haben mehrere am Königsmoed am meisten beteiligte Offiziere die Absicht geäußert, auf ihre Stellen zu verzichten.

— Belgrad. In Kreisen die gut informiert sein sollen, erzählt man sich, daß die Untersuchung der Leiche des Königs ergeben habe, daß dieser höchstens nur noch ein Jahr zu leben im stande gewesen sein